

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Immobilien
Auch Immobilienmärkte unterliegen langfristigen Zyklen. Derzeit boomt Deutschland.
>> Seite 3



Gemeinschaft
Eine App modernisiert die heimische Spendenlandschaft und soll jüngere zum Spenden animieren.
>> Seite 5



Prävention
Die Zweite Sparkasse versucht Jugendliche vor Überschuldung zu bewahren.
>> Seite 8



Foto: Margit Kundgraber

Gerhard Fabisch, Präsident des Sparkassenverbandes:
„Es ist unser Bestreben, quer über die Märkte bei den Marktanteilen zuzulegen, was derzeit recht gut gelingt.“

„Schwache Ertragskraft ist die neue Instabilitätsgefahr“

Die Kreditwirtschaft agiere aktuell in einem „extrem herausfordernden Umfeld“, so lautet derzeit die gängigste Umschreibung für Bankgeschäfte bei Niedrigstzinsen, flauer Kreditnachfrage und deutlich sinkender Sparquote. Wie sieht das der Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes und Vorstandsvorsitzende der Steiermärkischen Sparkasse, Gerhard Fabisch?

Sparkassenzeitung: Wie fällt Ihr vorläufiges Resümee des österreichischen Sparkassenjahres 2014 aus?

Fabisch: Die Gruppe wird leicht verbesserte Netto-Zinsergebnisse erwirtschaften, und der Überschuss nach Steuern wird über dem Niveau des Jahres 2013 liegen. Das Kreditrisiko ist überschaubar und auch die Quote der notleidenden Kredite, also der Non-performing Loans, geht zurück. Es sind auch keine dramatischen Zuspitzungen bei Insolvenzen festzustellen.

Also darf wieder aufgetatmet werden? Keineswegs, denn die Eigenkapitalrenditen sind unbefriedigend, unsere Effizienzkennzahlen nach wie vor verbesserbar und die Ertragslage insgesamt ist in einer schwierigen Phase. Wenn wir hinsichtlich Profitabilität im Durchschnitt österreich-

weit unter 5 % des Eigenkapitals liegen, dann sage ich offen: Das ist noch nicht kapitalmarktfähig.

Wie sind die aktuellen Rahmenbedingungen für das Geschäftsmodell der heimischen Sparkassen?

Wir haben erfreulicherweise leicht steigende Provisionserträge. Diese stammen unter anderem aus dem Versicherungsvertrieb, dem wieder anspruchsvollen Wertpapiergeschäft und dem Zahlungsverkehr. Gleichzeitig ist das Primärmittelaufkommen allerdings leicht sinkend und somit nicht zufriedenstellend. Dabei geht es den Sparkassen noch besser als anderen Banken bzw. Bankengruppen.

Weil die Sparkassenkunden trotz optisch kaum noch wahrnehmbarer Zinsen mehr sparen als andere?

Lassen Sie es mich anhand meiner Sparkasse erläutern. Die Steiermärkische Sparkasse gewinnt jährlich rund 30.000 Neukunden brutto, etwa 10.000 Kunden verlassen uns aber, somit bleibt ein Kundenzuwachs von 20.000 netto. Das heißt,

auch wenn einzelne Sparkassenkunden die Sparquote verringern, wird der Effekt durch einen erhöhten Marktanteil zumindest teilweise kompensiert. Es

ist unser Bestreben, quer über die Märkte bei den Marktanteilen zuzulegen, was derzeit recht gut gelingt. In der Steiermark jedenfalls gewinnen wir aktuell an Marktpositionen.

„Kreditnachfrage ist weiterhin schwach“

Meine Meinung



Der teuerste Beweis einer längst bekannten These

Jetzt sollten es aber wirklich alle begriffen haben: Der Bericht der so genannten Griss-Kommission dokumentiert nicht nur ein multilaterales Versagen der öffentlichen Hand bei der Hypo Alpe Adria, sondern muss über diesen Fall hinaus als viel weiter gehendes Alarmsignal interpretiert werden. Einmal mehr wird nämlich mit milliardenteurem Lehrgeld klar, was seit Jahrzehnten empirisch bewiesen ist: Die Politik scheitert in der Unternehmerfunktion. Weil sie offensichtlich nicht der Versuchung widerstehen kann, Unternehmen nach anderen – jedenfalls nicht marktorientierten, betriebswirtschaftlichen Grundsätzen – zu führen oder führen zu lassen. Die öffentliche Unternehmerfunktion dient dem Ausbau tatsächlicher oder vermeintlich politischer Einflussphären.

Das Desaster der Verstaatlichten Industrie in den 70er- und 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts war für den Steuerzahler teuer genug. Es kam dann aber immerhin zu einer Privatisierungsoffensive, aus der internationale sehr wettbewerbsfähige Leitbetriebe der österreichischen Industrie entstanden sind. Eine Entwicklung, die später als „Erfolgsgeschichte der ÖIAG“ in die wirtschaftspolitische Diskussion Eingang fand.

Leider galt dieser Ernüchterungsprozess für den unternehmerischen Staatsinterventionismus vorerst nur für die Sachgüterproduktion. Im kreditwirtschaftlichen Bereich wurde – vor allem auf Länderebene – munter darin weitergemacht, den Landesfürsten gleichsam eine „regionale Hausbank“ als Instrument zur politischen Machterweiterung an die Hand zu geben.

Davon wurde in einigen Fällen kräftig und ohne Rücksicht auf Verluste Gebrauch gemacht. Man erinnere sich an die Turbulenzen rund um die Bank Burgenland oder an die Diskussion über das Einschreiten der Finanzmarktaufsicht in Sachen Hypo Niederösterreich. Erst vor wenigen Wochen hat der Rechnungshof eine sehr kritische Analyse der Geschäftsgebarung in der Tiroler Hypo vorgelegt. Und es war letztlich die Carinthische Landeshybris, die uns das Milliardengrab der Hypo Alpe Adria beschert hat. Ein politisch unternehmerisches Versagen, das wohl den Höhepunkt der Vernichtung von Steuermitteln in der Zweiten Republik darstellt. Es ist dies der mit Abstand bisher teuerste Beweis einer längst bekannten These: Die Gebietskörperschaften sind im Regelfall schlechte Unternehmer, ob im Stahlwerk, in der Papierindustrie oder im Bankgeschäft.

Den Bürgern reicht es jetzt. Hoffentlich auch der Politik, denn ihr beginnt in diesen Tagen zu dämmern, dass sich der Kärntner Hyposkandal zu einer veritablen Krise des gesamten politischen Systems mausert. Was nicht mehr hätte bewiesen werden müssen!

Michael Ikrath
Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Liese-Prokop-Schule eröffnet

Anfang Oktober fand die feierliche Eröffnung der Liese-Prokop-Schule und der neu errichteten Turnhalle im Österreichischen Leistungszentrum Südstadt durch Sportminister Gerhard Klug und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll statt. Klug betonte, wie wichtig die Vereinbarkeit von Sport und Schule sei: „Die duale Karriere muss möglich gemacht werden. Wir wollen den jungen Sportlern möglichst optimale Trainingsbedingungen bieten, darum ist mir die Eröffnung heute eine besondere Freude.“ Im Rahmen der Eröffnung enthüllten Klug und Pröll ein Bild der 2006 verstorbenen Liese Prokop, eine Sponsortafel der Erste Bank wurde gleichfalls im Schulfoyer angebracht. Die Erste Bank-Filiale in Wieden begleitete die Errichtung des Bauwerks finanziell.



Eröffnung unter anderem mit Sportminister Gerhard Klug, Landesrätin Petra Bohuslav und Landeshauptmann Erwin Pröll

Wiederaufbau einer Brücke in Bosnien-Herzegowina

Während des Hochwassers in Bosnien-Herzegowina im Mai dieses Jahres wurden rund um das Dorf Konjevic Polje, im Osten des Landes, 7 Brücken von den Wassermassen zum Einsturz gebracht. Seitdem die letzte sichere Brücke des Dorfes zusammengebrochen war, mussten die Bewohner alternativ eine alte, brüchige Brücke verwenden, zu der man einige Kilometer zu Fuß gehen musste, um sie zu erreichen. Um den Dorfbwohnern die Bewältigung des Alltags ein wenig zu erleichtern, unterstützte die Steiermärkische Sparkasse den Wiederaufbau einer Brücke.

„Als Unternehmen, das in Südosteuropa tätig ist, waren wir zutiefst betroffen von den Auswirkungen der Flut in Bosnien-Herzegowina. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, den Wiederaufbau einer Brücke finanziell zu unterstützen, da die Brücke ein Verbindungs- und Friedenssymbol ist“, erklärt Sava Dalbokov, Vorstandsmitglied Steiermärkische Sparkasse.



Die erneuerte Brücke

Zurück zur gesamten Gruppe: Sehen Sie aktivseitige Belegungstendenzen im Geschäft?

Kaum, denn die Kreditnachfrage ist weiterhin schwach. Die Kommerzkunden haben zwar eine Reihe von Investitionsprojekten fertig in der Lade, aber wegen der anhaltenden konjunkturellen Unsicherheit wird vielfach noch nicht investiert. Von einer Kreditklemme kann also überhaupt keine Rede sein. Bei den privaten Haushalten spielen Wohnbau bzw. Wohnraumsanierung weiterhin eine gewisse Rolle. Aber auch hier merkt man: Viele greifen dabei auf vorhandene Ersparnisse zurück, finanzieren also mit Eigenmitteln, und das wiederum dämpft die Nachfrage nach zusätzlichen Wohnbaukrediten. Das heißt, die Bilanzsummen werden 2014 nur geringfügig wachsen.

Die Banken sehen sich umfassenden Regularien auf nationaler wie auf internationaler Ebene gegenüber. Was wird das alles in Summe kosten?

Wieder am Beispiel der Sparkasse in der Steiermark erläutert: Das neue Liquiditätsregime, das wir bewusst vorgezogen haben, obwohl es erst 2018 komplett stehen müsste, kostet die Steiermärkische 23 Mio. Euro. Etwa 7 Mio. Euro fallen für die Bankensteuer an, rund 2 Mio. für die Adaptierungen in der EDV sowie weitere 4 Mio. Euro für Administration, Personal und diverse Compliance-Regeln. Macht als Zwischensumme rund 36 Mio. Euro aus. Dazu gesellen sich 2,5 Mio. Euro als Dotation des Fonds für den Haftungsverbund III und jeweils knapp 4 Mio. für die Dotierung der Fonds zur Einlagensicherung und Bankenabwicklung. In Summe reden wir also von ungefähr 50 Mio. Euro. Um die Dimension zu verdeutlichen: Das ist der halbe Gewinn, den wir vor der Krise erwirtschaftet haben. Ob man unser Beispiel eins zu eins auf die Sparkassengruppe umlegen kann, kann ich nicht beweisen, aber jedenfalls ist die Belastung enorm.

Das bedeutet, dass die Regularien und ihre administrativen Erfordernisse massiv die Ertragslage belasten ...

... somit eine neue Gefahr für kreditwirtschaftliche Instabilität aufweisen. Niemand stellt infrage, dass die Eigenmittelausstattung der europäischen Banken besser werden muss. Aber jenen, die eine Fülle von Kontrollen über das System gestülpt haben, muss es klar sein: Die anhaltend schwache Ertragskraft ist die neue Instabilität der Kreditwirtschaft. Denn gar kein Wachstum mehr ist auch eine Gefahr für Stabilität.

Gibt es die Hoffnung, dass wenigstens ein Teil der österreichischen Bankensteuer auf die Dotierung der bereits erwähnten Strukturfonds im Rahmen der Europäischen Bankenunion angerechnet werden? Verhandelt wird laufend, aber ich getraue mir keine Prognose zu, was



„Ich glaube im Retailgeschäft nicht an die Web Cam, denn die Digitalisierung wird nicht alles ersetzen können. Der private Kunde, der etwa eine Wohnbaufinanzierung sucht, wird auf das persönliche Gespräch nicht verzichten wollen.“

dabei herauskommt. Das Thema ist vielschichtig, denn die Budgetsituation ist extrem angespannt und durch das unglückselige Konstrukt der Bankensteuer ist ja dabei auch der Finanzausgleich ein Thema. Dennoch ist unsere Hoffnung aufrecht, denn wir setzen auf das Verständnis der Zusammenhänge beim neuen Finanzminister.

Wie wird sich das Bankgeschäft unter den aktuellen Rahmenbedingungen – also extremer Druck auf die Zinsspannen und hohe regulatorische Kosten – in Zukunft entwickeln?

Wir werden schrittweise die Zahl der Zweigstellen reduzieren, allerdings nicht so abrupt und radikal, wie das derzeit in Spanien oder in Schweden geschieht. Kosten müssen gespart werden, daran führt kein Weg vorbei. Für einfache Geschäftsabläufe wird es einfachen Service geben.

Das heißt, die Digitalisierung wird fortschreiten und man wird sich seinen Bankberater im SB-Bereich der Filiale per Bildschirm für das Beratungsgespräch einfach zuschalten?

Also ich glaube im Retailgeschäft nicht an die Web Cam, denn die Digitalisierung wird nicht alles ersetzen können. Der private Kunde, der etwa eine Wohnbaufinanzierung sucht, wird auf das persönliche Gespräch nicht verzichten wollen. Den Berater dann am Bildschirm zuzuschalten wird nicht reichen. Auch aus der Sicht der Bank muss man bei bestimmten Geschäftsfeldern ein persönliches Verhältnis zum Kunden entwickeln, ja man muss den Kunden spüren. Da bin ich für eine sehr differenzierte Sichtweise.

Wie steht es angesichts der von Ihnen geschilderten Probleme rund um Performance und Ertrag um

den Gemeinwohlauftrag der österreichischen Sparkassen?

Vor der Finanzkrise hatten wir ganz konkrete Planungen in Richtung Ausweitung der Aktivität zur Unterstützung wichtiger sozialer oder wirtschaftlicher Projekte in der Region. Auch die Stiftung in Wien hatte ein Programm zum Ausbau, etwa in der CEE-Region. Die Finanzkrise hat einen Strich durch die Zukunftsrechnung gemacht. Aber die Sparkassen haben das Niveau ihres Gemeinwohlangagements auch in der Krise gehalten, weil es ja doch ein wesentlicher Bestandteil unserer DNA ist. Übrigens: Diese Kontinuität selbst in schwierigen Zeiten haben einige Institutionen, denen wir bei ihrer Arbeit kräftig unter die Arme greifen, ausdrücklich gewürdigt. Das war nicht selbstverständlich.

Wie beurteilen Sie nach der Einigung über den Haftungsverbund III die aktuelle Stimmung innerhalb der Sparkassengruppe?

Das darf ich anhand einer konkreten Aktion illustrieren: Noch vor Jahreswechsel wird es diesbezüglich ein klares Signal geben. Die Sparkassen kaufen im Rahmen der strategischen Stärkung des Kernaktionärs weitere 8 Mio. Stück Erste Bank-Aktien im Kurswert von rund 150 Mio. Euro außerbörslich von der Stiftung zu. Wir zeigen damit, dass wir die Gruppe weiter stärken wollen, dass wir volles Vertrauen in das Spitzeninstitut haben und dass wir die 20 Prozent Aktienanteil als Kontrollgrenze für die Gruppe nicht aufgeben. Es machen ausnahmslos alle österreichischen Sparkassen bei diesem Aktienkauf mit. Damit ist diese Frage wohl ausreichend beantwortet ...

Das Interview führte Milan Frühbauer

Immobilienzyklen richtig nützen

Genau wie die gesamtwirtschaftliche Konjunktur unterliegen auch Immobilienmärkte langfristigen Zyklen. Während Zentral- und Südosteuropa zum Beispiel Mitte der 2000er-Jahre boomten, galt Deutschland als langweilig. Heute verhält es sich genau umgekehrt. Aber auch die verschiedenen Nutzungsarten wie Hotel, Wohnen, Handel oder Büro entwickeln sich unterschiedlich.

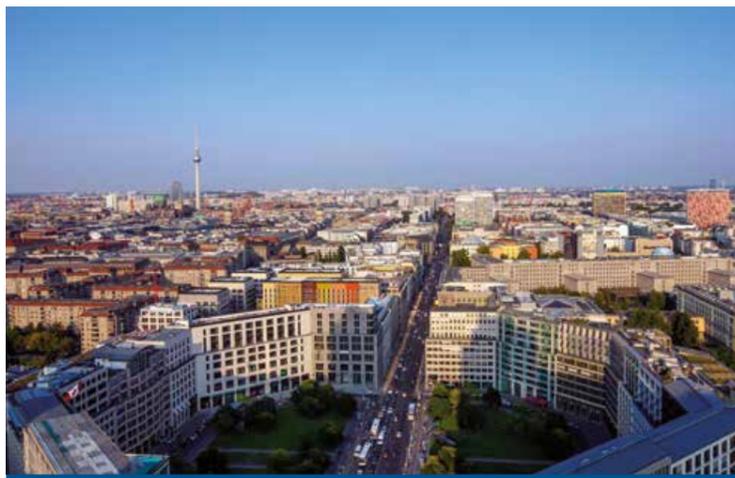
Ernst Vejdovsky

Aus der Sicht eines Immobilieninvestors ist es besonders wichtig, die einzelnen Märkte genau zu kennen, Entwicklungen bestmöglich vorherzusehen und so die unterschiedlichen Phasen nützen zu können. Ein Portfolio, das aus Immobilien in verschiedenen Märkten und mit verschiedenen Nutzungsarten besteht, bietet eine bessere Risikostreuung. Mit großer Wahrscheinlichkeit sind nicht alle Märkte und Nutzungsarten gleichzeitig in einer Abwärtsphase.

1 Zyklus – 5 Phasen

Ein Zyklus dauert rund zehn bis fünfzehn Jahre und besteht aus fünf Phasen. In der Aufschwungphase ziehen die Preise und Mieten langsam an, das Investoreninteresse nimmt zu. In der Wachstumsphase steigert sich die Dynamik, um schließlich in der Reifephase ihren Höhepunkt zu erreichen. In der Sättigungsphase stagnieren die Mieten und Preise, das Investoreninteresse geht zurück. In der Abschwungphase schließlich steuert der Markt auf seinen Tiefpunkt zu.

Je nachdem in welcher Phase sich ein Markt befindet, muss ein Immobilieninvestor jeweils unterschiedliche Schritte setzen. Die Aufschwung- und Wachstumsphase ist die beste Zeit, um Projekte zu entwickeln oder Objekte zu kaufen. Als die S IMMO beispielsweise 2005/2006 in den deutschen Zinshausmarkt einstieg, zeigte dieser erste Aufwärtstendenzen. Im Rückblick war die Entscheidung genau richtig: Die Mieten zogen



Berlin. Als die S IMMO in den deutschen Zinshausmarkt einstieg, zeigte dieser erste Aufwärtstendenzen. Im Rückblick war die Entscheidung genau richtig.

seit damals kräftig an und auch die Investoren drängen seit einigen Jahren auf den Markt – vor allem in der Hauptstadt Berlin. Dadurch konnten zahlreiche Immobilien mit Gewinn verkauft und die Mieten deutlich gesteigert werden. Die Reifephase wurde optimal genutzt.

„Wachstumsphase frühzeitig erkennen“

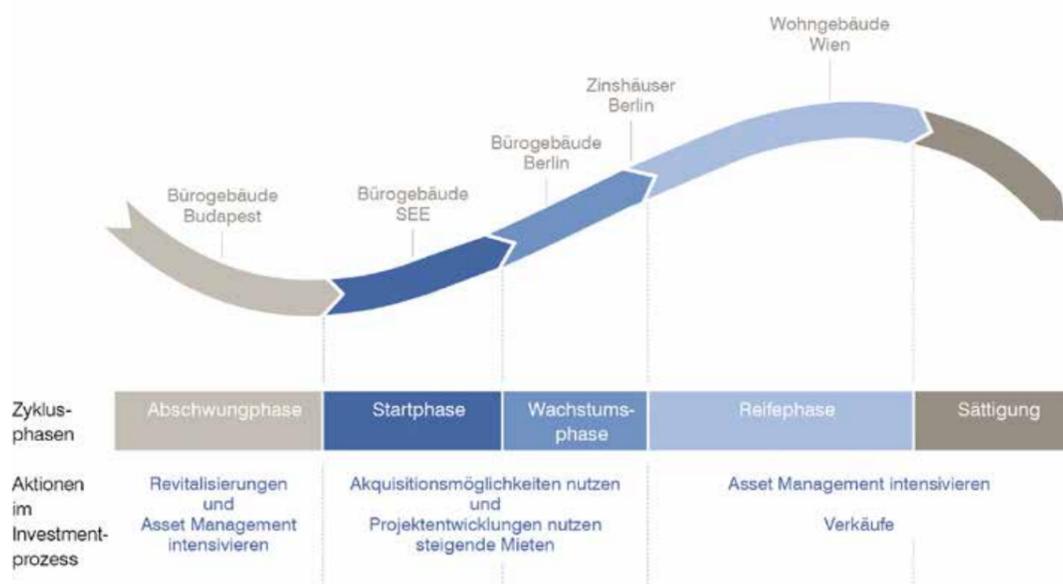
Hegen und pflegen

Dem gegenüber steht beispielsweise der Büromarkt in Budapest, der in den letzten Jahren einen klaren Abwärtstrend zeigte und sich nun langsam erholt. Die wichtigsten Maßnahmen in diesem Umfeld

sind intensives Asset Management, enger Kontakt zu den Mietern und die großzügige Instandhaltung von bestehenden Objekten. Dadurch wird der Marktwert gesteigert, und eine Immobilie bleibt auch in schwierigen Zeiten für den Markt interessant.

Einen langfristigen Aufschwung sehen die Experten von S IMMO im Markt für Eigentumswohnungen in Berlin. Der Zuzug ist groß, die Eigentumsquote gering und die Nachfrage hoch. Ein guter Zeitpunkt für Investitionen. Aus diesem Grund plant die S IMMO in diesem Umfeld Eigentumswohnungsprojekte auf eigenen Grundstücken. Da sich der Markt für Gewerbeimmobilien ebenfalls im Aufwind befindet, planen wir auch Ankäufe in diesem Bereich.

Ernst Vejdovsky ist Vorstandsvorsitzender der S IMMO AG



Investmentprozess im Immobilienzyklus

EINBLICK



Milan Frühbauer

Moll-Töne überwiegen: Aber stimmt die Partitur?

Die meisten Unternehmer seien mit dem Jahr 2014 durchaus zufrieden, aber für das 2015 hätten viele von ihnen „ein mulmiges Gefühl“. So beschrieb ein Sparkassendirektor aus dem Westen Österreichs vor Kurzem die Stimmung bei seinen Kommerzkunden. Das charakterisiert die Stimmungslage zum nahenden Jahreswechsel ebenso treffend wie pointiert. Strukturelle Optimisten meinen, die Stimmung sei schlechter als die Lage, die professionellen Prognostiker setzen ihre Wachstumserwartung für das kommende Jahr in unregelmäßigen Abständen um einige Zehntelprozentpunkte herunter und die verantwortlichen Entscheidungsträger in der Wirtschaft sind gegenwärtig von gefühlsmäßiger Unsicherheit geplagt. Ein „mulmiges Gefühl“ eben ...

Uneinheitliche Lage der Indikatoren

In solchen Situationen hilft – hoffentlich – die Faktenlage. Ein unleugbarer Krisenindikator sind die Daten des Arbeitsmarkts. Die Zahl der Arbeitslosen liegt seit Monaten um gut 10 % über den Vorjahreswerten, gleichzeitig jedoch steigt die Zahl jener Branchen, die sich über Fachkräftemangel beklagen. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen formalem Bildungsabschluss und Beschäftigungsquote im jeweiligen Arbeitnehmersegment war seit Jahren nicht so ausgeprägt wie jetzt. Die Gefahr von Arbeitslosigkeit bei Minderqualifikation ist so groß wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Doch es gibt auch ermutigende Fakten: Die Exporte Österreichs sind derzeit zwar gedämpft, weisen aber in den ersten drei Quartalen dieses Jahres noch immer eine Zuwachsrate von 1,2 % aus, wobei der September im Monatsergebnis ein Wiedererstarken der Ausfuhren signalisierte. Die Importe sind leicht im Minus, was primär auf die Flaute im Kfz-Neugeschäft und die gesunkenen Rohölpreise zurückzuführen ist. Das als Folge rapid sin-

kende Defizit in der heimischen Außenhandelsbilanz ist wiederum ein ermutigendes Signal für die Leistungsbilanz 2014.

Ambivalenz der ökonomischen Fakten

Die realen Umsätze im Einzelhandel sinken leicht, was aber angesichts der konfiskatorischen Besteuerung der Einkommen – die Steuer- und Abgabenquote wird sich in der Jahresendabrechnung der 46 % -Marke nähern – kein Wunder ist. Die extreme Niedrigzinspolitik steuert vorerst dagegen, denn die Sparquote wird nunmehr auch im traditionell sparbewussten Österreich zugunsten des privaten Konsums deutlich zurückgenommen. Das stützt zwar den Konsum, ist aber für die längerfristige Geldvermögensbildung ein herber Rückschlag mit derzeit kaum absehbaren gesellschaftspolitischen Konsequenzen.

Erfreulich ist hingegen die Quote von Ausgaben für Forschung und Entwicklung, bei der Österreich im oberen Drittel der OECD-Länder liegt. In höchstem Maße besorgniserregend sind jedoch die Ausgabenturbos im Staatshaushalt, wie etwa der Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung.

Ambivalenter könnte also das Konjunkturbild für 2015 gar nicht sein.

Ein eindeutiges Bild ergibt sich vor der Silvesterfeier leider nicht, denn selbst die professionelle Konjunkturprognostik kann man nur für immer kürzer werdende Perioden überhaupt ernst nehmen.

Wie meinte doch ein Zyniker unter den Nationalökonom jünger in einer TV-Diskussion? „Wenn die Fehlerquote der Wirtschaftsforscher in ihren Konjunktüreinschätzungen für 2014 nach oben genau so hoch ist wie für 2015 nach unten, dann kann sich im nächsten Jahr ein respektabler Wachstumsschub ausgeben.“

Na dann, die Prognose stirbt zuerst!

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Erste Bank und Sparkassen sind „Bank des Jahres“

Das internationale Finanzmagazin „The Banker“ hat Erste Bank und Sparkassen in London als „Bank des Jahres“ ausgezeichnet. Bereits 2009 und 2010 hat die Sparkassengruppe diese Auszeichnung erhalten. Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen, nahm die Urkunde entgegen: „In den letzten fünf Jahren hat sich das Bankgeschäft stärker verändert als je davor. Die Anforderungen unserer Kunden, der Siegeszug des Smartphone und technologischer Fortschritt treiben uns an, den Kunden mit Dienstleistungen und Produkten positiv zu überraschen und uns vom Mainstream abzuheben. Dabei schließt sich bei uns regional und digital nicht aus. Und genau das werden wir auch in Zukunft machen. Auszeichnungen wie diese, fast 1,3 Millionen Downloads von Erste Bank Apps und vor allem unsere Kunden motivieren uns weiterzumachen.“

Insgesamt wurden drei Töchter der Erste Group als beste Bank ausgezeichnet: Neben Erste Bank und Sparkassen können sich die tschechische Česká spořitelna und die slowakische Slovenská sporiteľňa über den Titel „Bank des Jahres 2014“ im jeweiligen Land freuen.

4mal Gold für Dachfonds

Bei den vom GELD-Magazin organisierten 14. Österreichischen Dachfonds-Awards wurden mehrere Fonds des Erste Asset Management ausgezeichnet: Die Fonds ESPA SELECT BOND, ECM-RENTEN INTERNATIONAL, ERSTE RESPONSIBLE MICROFINANCE und Alpha Diversified 3 errangen die „Goldmedaille“ in ihrer jeweiligen Anlagekategorie. Weitere drei zweite und fünf dritte Plätze unterstreichen den Anlage-Erfolg der Fonds der Erste Bank- und Sparkassengruppe.

Die Bewertung erfolgte auf Basis von Daten der Ratingagentur Lipper. Es wurden Kategorien nach der Asset-Klasse gebildet – Anleihen, Aktien oder Alternative Investments. Diese wurden zusätzlich in „konservative“, „ausgewogene“ oder „dynamische“ Dachfonds unterteilt.



Holden Gold für das Erste Asset Management: Martin Cech (ERSTE RESPONSIBLE MICROFINANCE), Christian Süttinger (Alpha Diversified 3) und Franz Fohrafellner (ESPA SELECT BOND u. ECM-RENTEN INTERNATIONAL) mit Veranstalterin Snezana Jovic

s Wohnbaubank nach ethischen Kriterien zertifiziert

Die s Wohnbaubank wurde nach einer intensiven Analyse durch die Nachhaltigkeits-Ratingagentur oekom research mit dem „oekom Prime Status“ ausgezeichnet und damit in das so genannte „Ethik-universum“ des Bankhauses Schelhammer & Schattera aufgenommen. Schelhammer & Schattera gilt als Pionier und Schrittmacher bei ethisch-nachhaltigen Finanzprodukten in Österreich. Die s Wohnbaubank entspricht als Emittentin von Wohnbauanleihen den strengen Ethik-Kriterien des „Ethikspezialisten“ in der Banklandschaft, und die s Wohnbauanleihen gelten als ethisch-nachhaltige Anlageprodukte.

Brokerjet mischt heimischen Online Broker Markt auf

Der heimische Online Broker-Markt ist hart umkämpft. Immer wieder drängen neue Anbieter in diesen Wettbewerb – jüngstes Beispiel ist der niederländische Anbieter Degiro. Maßgeschneiderte Tools für anspruchsvolle Trader bietet Brokerjet, der mit viel Esprit die Branche aufmischt.

Katrin Emig

Seit 1. September 2014 ist Brokerjet in der Erste Bank integriert. „Wir bleiben aber ein eigenständiger Bereich. Unser Fokus liegt nach wie vor auf Vieltrader und Selbstentscheider“, erklärt Beatrix Schlaffer, Bereichsleiterin für den Brokerjet-Vertrieb. Derzeit betreut Brokerjet mehr als 37.000 Kunden, denen in den vergangenen Monaten trotz oder gerade aufgrund der Turbulenzen an den Kapitalmärkten die Lust aufs Trading nicht vergangen ist. Das beweisen auch die Zahlen: „Das Geschäft hat sich seit Jänner positiv entwickelt und der volatile Markt wirkte sich darauf speziell im Frühjahr gut aus. Die Monate Jänner bis April sowie Juli und auch der Oktober waren sehr stark. Insgesamt hat sich das Trading-Volumen heuer gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10 % stärker entwickelt“, so Schlaffer. „Die Zeiten erfordern von uns mehr Flexibilität und ein offenes Ohr für Anliegen. Vor zwanzig Jahren war eine stabile, schnelle und günstige Plattform das wichtigste, das alleine reicht nicht mehr“, so Schlaffer. Serviceleistungen rücken immer mehr in den Fokus. Brokerjet hat mit der eigenen Academy ein weitreichendes

Angebot an detailfokussierten Seminaren sowohl für Einsteiger als auch für Profis im Angebot. Und trifft damit den Nerv der Zeit. „Wir verzeichnen um 50 Prozent mehr Teilnehmer als 2013. Bei den Profis hat vor allem die Coaching-Reihe eingeschlagen, wo Teilnehmer vom Know-how erfahrener Trader profitieren“, so die Expertin. Der Online Trader der Erste Bank setzt aber auch auf Handelsstrategien mittels Newstrading, die immer beliebter werden. Schlaffer: „Wir beobachten Trends und wollen unser Wissen vermitteln, aber auch neue Tradingansätze aufzeigen.“ Brokerjet setzt zukünftig auch auf ein neues Produktangebot, den ETFs (Exchange-traded funds), also börsengehandelten Fonds. In den USA sind diese bereits eine beliebte Anlageklasse, hierzulande gewinnen sie zunehmend an Popularität. „ETFs sind eine schnelle und einfache Investmentstrategie, die kostengünstig umsetzbar ist. Ich kann sowohl auf Indizes als auch auf Rohstoffe handeln – das macht sie besonders für Online Trader interessant“, informiert Schlaffer. „Derzeit sind 30 Prozent des Fondsumsatzes bei Brokerjet in ETFs, Ziel wäre es, diese Zahl bis Ende 2015 zu verdoppeln.“ Dieses ambitionierte Ziel will die



Beatrix Schlaffer, Bereichsleiterin für den Brokerjet-Vertrieb: „Die Zeiten erfordern von uns mehr Flexibilität und ein offenes Ohr für Anliegen.“

Bereichsleiterin mit Kooperationen erreichen. Derzeit wird gerade eine Zusammenarbeit mit dem wichtigen ETF-Anbieter BlackRock definiert. Ab kommenden Jahr sollen aus mehreren ETFs bestehende Portfolios den Brokerjet-Kunden zur Verfügung stehen. Der Vorteil der Assetklasse: Sie können jederzeit ohne Ausgabeaufschlag gehandelt werden und es fällt auch keine Management Fee an. Beim An- und Verkauf wird lediglich eine Börsengebühr berechnet, womit ETFs im Vergleich zu „herkömmlichen“ Fonds besonders günstig sind. „Das ist natürlich gerade für Vieltrader, die oft und schnell verkaufen wollen, von Vorteil. Ebenso dass sie sehr liquide Instrumente darstellen“, ergänzt Schlaffer.

Optimismus bei den CEE-Bankern wächst

Die Bankmanager im CEE-Raum zeigen sich zunehmend optimistisch. 40 % schätzen ihre Situation besser ein als noch vor zwei Jahren. 2012 waren es bescheidene 13 %.

Eine durchaus zuversichtliche Einschätzung für die Zukunft zeigt die aktuelle „Banking Executive Survey“ von KPMG für den Bankensektor in Österreich und im CEE-Raum. Dabei wurden Führungskräfte im Banken- und Finanzbereich in 14 Ländern zur Entwicklung der Branche, ihren Einschätzungen und möglichen Trends befragt. Ausgenommen Weißrussland und Ungarn blicken die Finanzdienstleister in eine positive Zukunft und rechnen für 2014 und 2015 mit einem Wachstum sowie steigenden Umsatzzahlen. Im Jahr 2012 zeigte die Umfrage noch eine deutlich schlechtere Einschätzung. 40 % der Bankmanager glauben heute an eine Besserung. Vor zwei Jahren waren es lediglich 13 %.

Ähnlich wie bei der letzten Befragung rechnen die Führungskräfte der Finanzwirtschaft in den kommenden fünf Jahren mit weiteren Regulierungen. „Die Bankmanager in Österreich fragen sich, wie viel sie die zukünftigen Bestimmungen kosten werden. Zwar sind die Regulierungen im Allgemeinen bekannt, mit Spannung erwarten die Bankmanager jedoch die konkreten Ausprägungen und die damit einhergehenden Kosten der Umsetzung“, skizziert Alexander Lippner, Partner bei KPMG, die Sorge um die überbordenden personellen wie administrativen Kosten diverser Kontrollregime. Als wichtigste Maßnahmen zur Umsatzsteigerung setzen die Führungskräfte in Mittel- und Osteu-

ropa vor allem auf Investitionen in Produktentwicklung, Business-Intelligence-Lösungen und auf Kundenzufriedenheit. Erhöhte Ausgaben sind auch in den Bereichen Marketing und Outsourcing geplant. „So wie in vielen anderen Branchen spielt auch im Bankensektor der technologische Fortschritt eine bedeutende Rolle. Die verstärkte Digitalisierung bringt jedoch gleichzeitig das Thema Cyberkriminalität mit sich“, analysiert Arno Schreiber, KPMG-Senior Manager die Situation. Für Banken werden somit der optimierte Schutz der Kundendaten sowie der Einsatz neuer Technologien immer mehr zu Schwerpunktthemen für den operativen Geschäftsalltag. -üh-

„Hilfreich“: Österreichs modernste Spendengemeinschaft

Eine App modernisiert die heimische Spendenlandschaft: Die Spenden-App „Hilfreich“ von Erste Bank und Sparkassen ermöglicht es Kleinbeträge für Großprojekte von anerkannten Spendenorganisationen zu sammeln – und somit bei jedem Einkauf etwas Gutes zu tun. Das bringt frischen Wind in Österreichs Spendenlandschaft und soll besonders die jüngere Generation zum Spenden motivieren.

Stellen Sie sich vor Ihre Brieftasche hat ein winziges Loch und Sie „verlieren“ jeden Monat ein paar Euro. Würde es einen Unterschied in Ihrem Leben machen? Jetzt stellen Sie sich vor, dass diese paar Euro bedürftigen und notleidenden Menschen zu Hilfe kommen. Genau das ist der Fall, wenn sie die „Hilfreich“ App benutzen. Denn: Wenn man anderen Menschen etwas Gutes tut, beschenkt man sich auch selbst. „Hilfreich bringt das Thema Spenden erstmals auf spielerische Art und Weise aufs Smartphone. Insbesondere für Jüngere bringt das einen neuen Zugang zum Spenden“, so Andreas Treichl, Vorstandsvorsitzender der Erste Group.

In der Hilfreich-App können aus einer Vielzahl regionaler und überregionaler Projekte namhafter Spendenorganisationen die persönlichen Spendenziele ausgewählt werden: Zum Beispiel ein Monat Essen für ein hungerndes Kind (7 Euro) oder ein Lebensmittelpaket für benachteiligte Menschen (15 Euro). Mittels „Rundungsspenden“ werden dann Kleinstbeträge für die jeweiligen Projekte gesammelt: Dabei wird bei jeder Bankomat- und/oder Kreditkartenzahlung der Betrag auf den nächsten vollen Euro aufgerundet, die Differenz kommt einem selbst gewählten Spendenprojekt zu Gute bis das Ziel erreicht ist. „Die Idee ist, mit Kleinstbeträgen, die im Einzelnen nicht wehtun, Großes zu bewirken“, erklärt Treichl.

Berühren mit Geschichten

8 von 10 Österreichern spenden im Durchschnitt 177 Euro jährlich, das ergab eine Umfrage von Erste Bank und Sparkassen. Die Spendenfreude kommt aber eher mit dem Alter: Die Hälfte all jener die Spenden, sind 50 Jahre plus. Am häufigsten wird dafür der Erlagschein genutzt (41 %), den besonders Ältere vielfach nutzen: Während mehr als jeder Zweite über 50+ noch den Erlagschein ausfüllt, tun das nur mehr 31 % der bis Dreißigjährigen.

Wie nahe man bereits dem Spendenziel ist, kann in der App jederzeit mitverfolgt werden. Darüber hinaus kann der Spenden-Erfolg der gesamten Hilfreich-Community angezeigt werden: Wie viele Nutzer bereits welchen Betrag für dieses Projekt gesammelt haben, ist auf einen Blick ersichtlich. „Gemeinsam schaffen unsere Kundin-



In der Hilfreich-App können aus einer Vielzahl regionaler und überregionaler Projekte die persönlichen Spendenziele ausgewählt werden.

nen und Kunden somit nicht nur die modernste, sondern auch die größte Spendengemeinschaft Österreichs“, so Treichl.

In der Projektauswahl sind ausschließlich Spendenorganisationen mit einem Spendengütesiegel vertreten. Auf Wunsch werden nur steuerlich absetzbare Projekte angezeigt, am Ende des Jahres kann für den Steuerausgleich per Fingertipp eine Übersicht über alle getätigten Spenden ausgewertet werden. Durch monatliche oder jährliche Limits fürs Spenden kann der maximale Spendenbetrag einfach kontrolliert werden.

Mit Android-Geräten kann übrigens auch eine „Schüttelspende“ gemacht werden: Einmal Handyschütteln bringt 10 Cent für's gewählte Projekt. Voraussetzung für die Nutzung ist ein Konto bei Erste Bank oder Sparkassen.

Die App steht für iPhone und Android-Betriebssysteme zum Download bereit. *-red-*



Erste Group-Chef Andreas Treichl: „Hilfreich bringt das Thema Spenden erstmals auf spielerische Art und Weise aufs Smartphone.“

3 „Hilfreich“ Fragen an Andreas Treichl, Vorstandsvorsitzender der Erste Group Bank AG

Was steckt dahinter, warum ist eine Bank „hilfreich“?

Mit der „Hilfreich App“ haben wir etwas geschaffen, womit wir einen Beitrag für das Gemeinwohl leisten und das der Identität unserer Bankengruppe gerecht wird. Der Gemeinwohlgedanke ist ein integrierter Bestandteil unserer DNA und kein Anlass, um uns selbst auf die Schulter zu klopfen.

Wie sehen Sie die Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen?

Wir pflegen in Österreich bereits eine gute Spendenkultur. Das merkt man daran, dass 80 % aller Österreicher spenden bzw. von Seiten der Politik die Spendenabsetzbarkeit durchgesetzt wurde.

Sind Sie bereits „hilfreich“, Herr Treichl?

Mein aktuelles Spendenziel ist Therapietage für Menschen mit Demenz. Dieses Thema habe ich in der Familie selbst miterlebt, daher geht es mir besonders nahe. Demenz ist zwar nicht heilbar, aber behandelbar.

AUSBLICK



Christine Domforth

Keine Zwangsumsiedlung des Schweizer Goldes

Sie sind schon ein eigenwilliges Völkchen diese Eidgenossen. Das merkt man nicht nur an ihrer Sprache, die für Nichtschweizer schwer zu verstehen ist, sondern primär an ihrem Verhalten bei Volksabstimmungen. Manchmal regiert dabei der wirtschaftliche Hausverstand. Deshalb wurde beispielsweise vor zwei Jahren die Verlängerung des Mindesturlaubs auf 6 Wochen einfach abgelehnt. Dann wieder hören die Schweizer eher auf Populisten, so etwa beim Minarettverbot oder bei der Initiative gegen Masseneinwanderung, die Anfang 2014 mit hauchdünner Mehrheit durchging.

Gold als trügerische Sicherheit

Ende November war wieder Vernunft angesagt, eine massive Zuwanderungsbeschränkung und eine Aufhebung der Steuerpauschalierung für Ausländer wurden mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Die meisten Nein-Stimmen – immerhin 78 % – setzte es aber für die Initiative „Rettet unser Schweizer Gold“. Ihre Befürworter verlangten, die Schweizerische Nationalbank (SNB) solle statt 8 künftig 20 % ihrer Reserven in Gold halten und diese ausschließlich in der Schweiz lagern. Außerdem hätte die SNB künftig keinen einzigen (!) Goldbarren mehr verkaufen dürfen.

Wenn es um Gold geht, spielt immer auch die Psychologie mit, und gerade angesichts der Finanzkrise haben viele Menschen den Wunsch nach Sicherheit. Wie Dagobert Duck auf seinen Goldbarren zu sitzen, ist aber eine trügerische Sicherheit. Der Goldpreis machte in den vergangenen Jahren eine Berg- und Tal-fahrt, seit einiger Zeit dümpelt er im Keller. Wäre nun die eidgenössische Notenbank quasi gesetzlich zu massiven Goldkäufen gezwungen worden, hätten sich vor allem Spekulanten die Hän-

de gerieben. Ob die Anhänger der Gold-Initiative das wollten? Auch für Währungshüter empfiehlt es sich, nicht alles auf ein Pferd zu setzen. Das heißt, bei den Reserven zu diversifizieren, also neben Gold auch andere Währungen und Wertpapiere zu halten und den Goldschatz auf verschiedene Lager aufzuteilen. Und die großen Handelsplätze für Gold sind nun einmal London und New York. Daran ändert die Tatsache nichts, dass aus politischen Gründen auch in anderen Ländern eine Debatte über die „Heimholung“ der Goldreserven läuft. In Österreich macht sich – erraten! – die FPÖ dafür stark, in Deutschland ist es die AfD.

Aufwertungsdruck vorerst abgewehrt

Absolut sinnlos wäre es, der SNB jeden Goldverkauf zu verbieten. Ein Notgroschen, den man im Notfall nicht veräußern darf, ist wertlos – auch wenn es sich dabei um Goldbarren handelt. Vor allem aber wäre bei einem Sieg der selbsternannten Gold-„Retter“ die festgezurrte Untergrenze des Frankenkurses, den die Schweizer Notenbank seit geraumer Zeit mit Zähnen, Klauen und sehr viel Geld verteidigt, nicht zu halten gewesen. Die geldpolitische Handlungsfähigkeit der Notenbank wäre massiv eingeschränkt, der Franken hätte wohl kräftig aufgewertet – ein schwerer Schlag für die extrem exportabhängige Industrie und den Tourismus in unserem Nachbarland. Und auch für tausende Österreicher, die ihr Haus oder ihre Wohnung mit einem Frankenkredit finanziert haben. Die Mehrzahl der Schweizer Stimmbürger hat diesmal erkannt, dass sich ein kleines Land nicht auf Dauer einigeln und abschotten kann. In Österreich würden solche Abstimmungen vermutlich leider anders ausgehen ...

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

Später in Pension und ergänzende Kapitaldeckung

Die s Versicherung lud vor Kurzem zum „Pensionsgipfel 2030“. Motto des hochaktuellen Abends: „Wenn die Babyboomer zu Pensionsboomern werden“. Bert Rürup legte aufrüttelnde Daten auf den Tisch, Minister Hundstorfer kalmierte, und die Experten waren sich einig: Das Umlageverfahren braucht flankierende Maßnahmen des Einzelnen.

Trotz einiger Reformen in Österreich ist der Bundeszuschuss zu den Pensionen in den Jahren 2003 bis 2013 laut Finanzministerium signifikant auf 8,7 Mrd. Euro gestiegen. Nach Expertenmeinung kommt aufgrund der demografischen Entwicklung 2030 bis 2040 eine Verdoppelung der so genannten „Alterslastquote“ durch die bevorstehende Verrentung der Babyboomer-Jahrgänge auf Österreich zu. Wie diese Herausforderung zu bewältigen ist und welche konkreten Lösungsansätze es zur langfristigen und nachhaltigen Absicherung des österreichischen Pensionssystems gibt, stand im Fokus des „Pensionsgipfels 2030“ der s Versicherung. Der Zeitpunkt war goldrichtig gewählt, denn gegen Jahresende hat sich die Auseinandersetzung über die Finanzierbarkeit eines dynamisch wachsenden Bundesbeitrages zur Pensionsversicherung sachlich wie politisch stark intensiviert. Bert Rürup, Präsident des Handelsblatt Research Instituts und führender Experte für Altersvorsorge, leitete mit seinem Impulsvortrag eine spannende und durchaus kontroversiell geführte Expertendiskussion ein.

„Unter risikodiversifizierenden Gesichtspunkten ist mischfinanzierten Systemen der Vorzug vor monokausal finanzierten Systemen zu geben. Allerdings ist es noch nicht gelungen, das optimale Mischungsverhältnis zwischen umlagefinanzierten und kapitalgedeckten Pensionen anzugeben. Dennoch darf man angesichts einer Kapitaleinkommensquote von mehr als 30% in Relation zum BIP feststellen, dass der derzeitige Anteil kapitalgedeckter Pensionen in Österreich, mit gerade einmal 3,52 % in Bezug auf die gesamten Pensionen sehr gering ist“, so Rürup.

Die Diskussion über kapitalgedeckte Ergänzungssysteme in Österreich leide darunter, dass viele, die für einen Ausbau solcher Systeme werben, dies oft mit der Forderung nach einem – vermeintlich – notwendigen Rückbau des Umlagesystems verbinden, während die SPÖ und die Gewerkschaften in kapitalgedeckten Systemen verabscheuungswürdiges neoliberales Teufelszeug sehen. „Ich halte beide Positionen für falsch. Angesichts der bereits beschlossenen deutlichen Leistungsrücknahmen beim staatlichen System, die insbesondere die Jüngeren treffen, sollten sich eigentlich auch die SPÖ und die Gewerkschaften für einen Ausbau der ergänzenden Betriebsrenten oder eine Stärkung der „prämiengünstigten Zukunftsvorsorge“ stark machen“, so der international

anerkannte Experte, der sich schon sehr intensiv mit dem österreichischen Pensionssystem befasst hat. Ein Blick über die Grenzen Österreichs wäre angebracht, um ideologische Scheuklappen abzulegen. Jedenfalls sei das Anheben des tatsächlichen Pensionsantrittsalters und in der Folge auch des gesetzlichen unabdingbar. Rürup plädiert auch dafür, die gesetzliche Angleichung des Pensionsantrittsalters für Frauen früher vorzunehmen als dies bisher hierzulande geplant ist. Auf dem hochkarätig besetzten Podium diskutierten im Anschluss Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Therese Niss, Bundesvorsitzende der Jungen Industrie (JI), Ulrich Schuh, Forschungsvorstand EcoAustria und Mitglied der österreichischen Pensionskommission, sowie Manfred Rapf, Vorstandsdirektor der s Versicherung und Vorsitzender der Sektion Lebensversicherung im Versicherungsverband, gemeinsam mit Bert Rürup.

„Auch die Linke sollte sich für ergänzende Pensionen stark machen.“

„Unser Pensionssystem ist eines der sichersten der Welt. Das staatliche Umlageverfahren schützt vor Spekulationen und Börsenschwankungen – auch noch im Jahr 2030. Dann werden wir – das zeigen die neusten Prognosen von Pensionskommission und WIFO – mehr Einwohner haben, aber auch mehr ältere arbeitende Menschen. Deshalb wird es auch mehr Erwerbstätige – vor allem ältere Arbeitnehmer – geben, die Wirtschaftsleistung steigt insgesamt. Durch die höheren Einkommen steigen auch die Einnahmen des Staates, die Finanzierung bleibt stabil“, betonte Minister Hundstorfer. „Wir leisten uns immer noch eines der großzügigsten Pensionssysteme der Welt, und nach wie vor gehen wir viel zu früh in Pension“, sagte die Bundesvorsitzende der Jungen Industrie, Therese Niss. „Damit ist auch das Pensionssystem einer der Gründe dafür, dass unser Schuldenberg Jahr für Jahr anwächst – trotz bereits rekordverdächtiger Belastung durch Steuern und Abgaben. Es braucht daher dringend echte strukturelle Reformen im Pensionsbereich – inklusive eines echten

Automatismus bei der Anpassung des Pensionsalters an die Lebenserwartung.“

„Trotz einer vergleichsweise günstigeren demografischen Ausgangsposition weist Österreich deutlich höhere öffentliche Ausgaben für Pensionsleistungen auf als etwa Deutschland. Dies spiegelt einerseits die auffällige Dominanz der staatlichen Säule in der Altersvorsorge wider und andererseits die Tatsache, dass Reformschritte in der gesetzlichen Pensionsversicherung nur sehr zögerlich gesetzt werden“, erläuterte Ulrich Schuh von EcoAustria. „Die deutliche Dämpfung der Ersatzleistungen in der gesetzlichen Pensionsversicherung wird die Notwendigkeit erhöhter privater Vorsorge schon in naher Zukunft evident machen. Verstärkt wird diese Tendenz durch noch ausstehende weitere Reformschritte in der staatlichen Säule.“

Österreich hat im internationalen Vergleich Nachholbedarf

„Österreich hat ein sehr gut ausgebauten staatliches Pensionssystem. Der demografische Wandel stellt die staatliche Vorsorge aber in Zukunft vor große Herausforderungen. Im europäischen Vergleich hat Österreich immer noch enormen Nachholbedarf in der Durchdringung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge. Während im westeuropäischen Durchschnitt rund 4,5 % der Wirtschaftsleistung (BIP) in die private Lebensversicherung fließen, sind es in Österreich mit 2,1 % weniger als die



Anteil der kapitalgedeckten Pensionen

Hälfte. Damit ist Österreich klares Schlusslicht in Westeuropa. Ein Zukunftsmodell zur nachhaltigen Absicherung der Pensionen sollte auf einem integrierten und auf Dauer tragfähigen Drei-Säulen-Modell

basieren, in dem die private und die betriebliche Vorsorge eine wichtige Ergänzung zur staatlichen Versorgung darstellen“, strich Manfred Rapf, Vorstand der s Versicherung, hervor. -red-



Moderator Ronald Barazon, Heinz Schuster (s Versicherung), Therese Niss (Junge Industrie), Pensionsexperte Bert Rürup, Manfred Rapf (s Versicherung) und Ulrich Schuh (EcoAustria) beim „Pensionsgipfel 2030“ der s Versicherung

Verbraucher im Lichtkegel der EU

Alle an der EU-Politik Interessierten erleben am Anfang einer neuen Gesetzgebungsperiode immer einige Déjà-vu-Erlebnisse. Dazu gehören der Ruf neuer EU-Abgeordneter nach Abschaffung der monatlichen Plenarsitzungen in Straßburg, nachdem sie die ersten Male den Wanderzirkus zwischen Brüssel und dem Elsass miterlebt haben.

Roland L. Tassler, Sparkassenverband, EU-Büro Brüssel

Zu den vielen Absichtserklärungen gehören aber auch die Versprechen neuer EU-Kommissare, erst einmal unvollendete Gesetzgebungsprozesse der Vorgänger abzuschließen bevor sie, natürlich nach einer umfassenden Evaluierung, welche neuen Rechtsakte denn nun tatsächlich nötig sind, selbst aktiv werden.

In beiden Fällen stecken dahinter gute Absichten. Sie werden jedoch bald von der Realität überholt. Der Ruf der neuen Abgeordneten verstummt schnell, sobald sie feststellen, dass zur Abschaffung des Parlamentssitzes in Straßburg ein einstimmiges Votum der Mitgliedstaaten nötig ist und die Wahrscheinlichkeit, dass Frankreich zustimmen würde, gegen Null tendiert.

Bei den neuen Kommissaren ist anfangs aufgrund der Einarbeitungsphase naturgemäß eine gewisse Zurückhaltung bei den gesetzgeberischen Aktivitäten festzustellen. Nachdem die Neuen im Brüsseler Nährboden der Harmonisierungsdoktrin Wurzeln geschlagen haben, wendet sich das Blatt. Der

„**Verbraucher als wichtigste Zielgruppe**“

regulatorische Eifer erblüht. Die erste Zielgruppe, die als Begünstigte der europäischen Segnungen ausgemacht wird, ist seit mehreren Legislaturperioden die gleiche: die Verbraucher! Die Union muss dem

Bürger zeigen, was sie kann! Auch der „Banken-Kommissar“ Hill will den Schwerpunkt seiner Initiativen auf den Verbraucher lenken. Das Retail-Geschäft wird im Fokus seiner Amtszeit stehen, heißt es.

Oben auf seiner Verbraucher-Liste steht das Thema „einfache und sichere“ Retail-Produkte. Der Kunde soll einerseits in die Lage versetzt werden, das Finanz- oder Bankprodukt, das er kauft, zu begreifen, als auch andererseits umfassende Deutlichkeit über Risiken und Kosten erhalten. In folgenden Bereichen erkennt man Bedarf an einem zusätzlichen „einfach & sicher Regime“: Zahlungsverkehr, kurz- und mittelfristige Spar- und Anlageprodukte, Verbraucherkredit, Hypothekarkredit sowie bei diversen Versicherungsprodukten.

Im Moment befindet sich die Kom-



Neue EU-Abgeordnete stoßen sich am „Wanderzirkus“ zwischen Brüssel und Straßburg (Bild).

mission im Dialog mit den beteiligten Gruppen. Es wird eruiert, ob die Zielsetzung durch marktgetriebene Lösungen, der stärkeren Involvierung unparteiischer Dritter, z. B. NGOs für Finanzbildung, oder, in letzter Konsequenz, durch die Vorlage eines eigenen Rechtsrahmens

seitens der Union am besten erreicht werden kann. Im Jahr 2015 wird sich zeigen, welcher Lösungsansatz den Zuschlag erhält. Die Erfahrung zeigt, dass sich die Kommission immer wieder für einen Gesetzesvorschlag entschieden hat.

Aufholprozess von 25 Jahren prolongieren

Den CEE-Ländern geht es derzeit wirtschaftlich deutlich besser als vor 25 Jahren: Das BIP pro Kopf ist von 49 % auf 65 % des EU15-Durchschnitts gestiegen. Jetzt geht es um die Prolongation des Aufschwungs: Mit Investitionen in Infrastruktur, Förderung des IKT-Sektors, Arbeitsmarktreform und Korruptionsbekämpfung.

„Ehemalige Satellitenstaaten der Sowjetunion sind heute Vollmitglieder der EU. Der freie Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr hat zur völligen Umstrukturierung dieser Volkswirtschaften beigetragen. Von großer Bedeutung war, dass Reformen – insbesondere die Privatisierung – den Anteil des Privatsektors am BIP von gerade einmal 10 % auf fast 80 % ansteigen ließen. Der Großteil der Wertschöpfung kommt damit heute aus der Privatwirtschaft“, betont Juraj Kotian, Head of CEE Macro/Fixed Income Research bei der Erste Group und Koautor der Studie „25 Jahre nach dem Kommunismus – hält CEE noch den Schlüssel zum Wachstum?“

Die Studie des Erste Group Research zeigt, dass CEE angesichts der in Europa stagnierenden Wirtschaft neue Wege zum Wachstum finden muss, wenn die Region nicht riskieren will, in der Mittelmäßigkeit stecken zu bleiben und den Anschluss an den Westen zu verlieren.

„Unserer Meinung nach sollten sich Regierungen darauf konzentrieren, für dynamische Sektoren mit hoher Wertschöpfung ein besseres wirtschaftliches Umfeld zu schaffen. Die CEE-Länder haben eine echte Chance, ihre Wettbewerbsvorteile bei Dienstleistungen und im Informations- und Kommunikationstechnologiesektor weiter auszubauen. Letzten Endes ist hier auch die Verbesserung der Qualität der Institutionen von zentraler Bedeutung, da der institutionelle Rahmen die Grundlage für soziale Stabilität bietet, Korruption verhindert und

den Wohlstand fördert. Seine Qualität kann den Konvergenzprozess entscheidend unterstützen oder verlangsamen“, so Kotian.

Zur Finanzierung von Energiesicherheits- und Infrastrukturprojekten sollten die Regierungen versuchen, so weit wie möglich EU-Mittel auszuschöpfen. In der Programmperiode 2014 bis 2020 sind für die CEE-Länder aus dem Kohäsionsfonds Mittel in Höhe von

167 Mrd. Euro vorgesehen. Dazu kommen noch weitere 33 Mrd. aus dem Programm „Connecting Europe“ (CEF).

Als weiterer Wachstumstreiber könnte sich laut Analysten der Erste Group eine kräftige Förderung des Informations- und Kommunikationstechnologiesektors (IKT) erweisen. „Angesichts der global zunehmenden digitalen Vernetzung müssen Volkswirtschaften mit der

Entwicklung moderner Telekommunikationstechnik Schritt halten. Hier darf CEE nicht zurückbleiben, wenn es den wirtschaftlichen Aufstieg schaffen möchte. Ein Meilenstein könnte durch verstärkte Investitionen in die Netze gelegt werden, da die Breitbandabdeckung über Festnetz und Mobilfunk in CEE schwächer ist. Außerdem verfügt in CEE ein geringerer Anteil der Haushalte über einen Internet-

zugang als in den Ländern Westeuropas“, unterstreicht Katarzyna Rzentarzewska, Senior Analyst bei der Erste Group. Mit der gezielten Förderung des IKT-Sektors könnten wissensintensive Bereiche in der Sachgüterzeugung und im Dienstleistungssektor zu treibenden Kräften des Wachstums in CEE werden.

Wie die CEE-Länder den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter als nächste große Herausforderung bewältigen werden, kann auf ihr potentielles BIP-Wachstum positive oder negative Auswirkungen haben. Während in Ländern wie Tschechien und Slowenien die Bevölkerung im Erwerbsalter nur geringfügig zurückgehen wird, prognostiziert man für Polen und die Slowakei bis 2080 einen Rückgang dieser Bevölkerungsgruppe um 40 bis 50 %.

„Dividiert man die derzeit aktive Bevölkerung durch die für die Zukunft erwartete Bevölkerung im Erwerbsalter, erkennt man, dass die Erwerbsquote im Jahr 2040 um durchschnittlich 11,8 Prozentpunkte höher sein muss als 2013, um das Arbeitskräfteangebot stabil zu halten. Kombiniert man die Maßnahmen zur Steigerung der Frauenbeschäftigung und verlängert man die durchschnittliche Lebensarbeitszeit, könnte sich das Arbeitskräfteangebot trotz des Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung stabilisieren“, erklärt Rzentarzewska.

-afe-

